

Unser Nachbar Tschechien

geschrieben von Admin | 19. November 2023

von Dr. Klaus-Dieter Humpich

Unser Nachbar – mit gemeinsamer Grenze zu Bayern und Sachsen – scheint nicht dem deutschen Sonnenkult und dem Charme der Reichskraft-Türme zu erliegen. Nein, dort hat die Realität gesiegt. Die „Energiewende“ nach tschechischer Art scheint in Richtung Kernenergie zu gehen. Man will nicht nur elektrische Energie herstellen, sondern auch den Wärmemarkt versorgen. Ein weiterer und bedeutender Unterschied zu Deutschland, wo man die vollständige Elektrifizierung (Verkehr und Wärmepumpen) durch wetterabhängige Energieträger zum Ideal erhoben hat.

Kernkraft heute

Man hat schon zu Zeiten des Ostblocks mit Kernkraftwerken begonnen. Zwischen 1985 und 1987 gingen vier Blöcke mit je 510 MW_{el} des sowjetischen Typs VVER V213 in Dukovany in Betrieb. Diese wurden – anders als in Deutschland – nach dem Zusammenbruch nicht stillgelegt, sondern weiter betrieben, modernisiert und auf den westlichen Sicherheitsstandard gebracht. 2000 bis 2002 gingen in Temelin zwei weitere Blöcke mit je 1086 MW_{el} vom Typ VVER V320 ans Netz.

Damit hatte man 2021 einen Energiemix aus 41% Kohle und 36% Kernenergie. Sonne und Wind trugen gerade einmal 4% bei. Schon damals war man Nettoexporteur (15.2 TWh Import; 26.3 TWh Export). Bei der verquastesten Energiepolitik in Deutschland und der geographischen Lage ist klar, wohin die Reise gehen wird (muß?). Nach jahrzehntelangen Diskussionen in Tschechien und mit der Europäischen Kommission wurde im Oktober 2023 ein Angebot für Dukovany 5+6 durch EDF, Westinghouse und Korea Hydro & Nuclear Power abgegeben. Die tschechische Regierung plant nun bis zum nächsten Jahr die Angebote auszuwerten und unterschriftsreife Verträge vorzulegen. Baubeginn sollte 2029 und Fertigstellung 2036 sein.

Heizung mit Kernenergie

Mit der Abwärme des Kernkraftwerks Temelin werden die Städte Tyn and Vltavou in 5 km Entfernung versorgt. Es wird auch die Stadt České Budějovice 24 km entfernt versorgt. Diese Fernwärmeleitung deckt 30% des Bedarfs der Stadt ab. Weitere Anschlüsse der vorhandenen Kernkraftwerke erscheinen nicht wirtschaftlich, da die Standorte früher bewußt von Siedlungen entfernt gebaut wurden. Das war die Angst vor Strahlung. Fernwärmeleitungen sind aber extrem kostspielig und große Entfernungen damit nur bedingt erschließbar. Außerdem steigen die Verluste proportional mit der Länge an.

Deshalb hat man eine Liste und eine Karte der vorhandenen Kohlekraftwerke und Heizwerke für eine Umstellung auf SMR (Small Modular Reactors) geeignete Anlagen erstellt. Es ergaben sich 45 Standorte, die die Kriterien erfüllen (mindestens 1000 t/a Dampf für Fernwärme und 1,5 TWh elektrische Energie bei mindestens 50% Anteil Kohle, Anschlüsse an 400 kV bzw. 110 kV vorhanden).

An dieser Stelle ist es wichtig, den grundsätzlich verschiedenen Ansatz in Deutschland und Tschechien für die Versorgung einer modernen Volkswirtschaft zu verdeutlichen:

- In Deutschland hat man sich für die zentrale Lösung entschieden. Man macht aus Nord- und Ostsee einen riesigen Industriepark mit nicht absehbaren Folgen für Flora und Fauna. Zwangsläufig muß man die elektrische Energie mit „Stromautobahnen“ – welcher treffender Ausdruck für diese Schneisen in der Natur – über hunderte Kilometer zu den Verbrauchern transportieren. Dort soll dann elektrisch geheizt werden, unter Verwendung von Wärmepumpen.
- In Tschechien versucht man mit der Energieproduktion möglichst nahe an die Verbraucher heran zu rücken – kurze Wege, geringe Kosten und Verluste. Entscheidend ist aber vielmehr die direkte Nutzung von Wärme für z. B. die Heizung der Gebäude. Erst wird Strom produziert und anschließend mit der Abwärme geheizt (Kraft-Wärme-Kopplung, KWK). Immer noch das überlegene Prinzip der Energieausnutzung. Viel geringerer Primärenergie-Einsatz als bei dem umständlichen Weg der Luft-Wärmepumpen ausgerechnet an kalten Wintertagen. Neben geringerer Umweltbelastung ergeben sich auch wesentlich geringere Kosten als bei der „elektrischen Heizung“ mit dem teuren Windstrom (Sonne ist in unseren Breiten im Winter eh zu vernachlässigen). Man verwendet vorhandene Gebäude (kein teurer Umbau nötig) und das vorhandene Fernwärmenetz weiter. Man stelle sich bloß mal die schöne Altstadt von Prag mit Styropor verpackt vor. Viele Bürger in Deutschland sind sich wahrscheinlich noch gar nicht bewußt, welcher Irrsinn durch die „Energiewende“ noch auf uns zu kommt.

Sicherheit

Je näher man an Städte rückt, um so geringer muß die Wahrscheinlichkeit einer radioaktiven Freisetzung sein. In diesem Sinne müssen solche Reaktoren über passive Sicherheitseinrichtungen verfügen. Sie müssen besonders einfache Konstruktionen sein. Was man nicht hat, kann auch nicht kaputt gehen oder im Ernstfall versagen. Um gleich mit dem Unfug einer absoluten Sicherheit aufzuräumen: Es wird immer Störfälle bei jeder Technik geben, für den Ingenieur ist nur die Häufigkeit und der resultierende Schaden relevant. Risiko ist die nicht vom Nutzen trennbare Kehrseite. Man kann leicht den Flugzeugabsturz eines startenden Jumbo auf ein vollbesetztes Fußballstadion konstruieren (das Berliner Olympiastadion lag nahezu in der Einflugschneise des Flughafens Tegel). Soll man deshalb Länderspiele oder Flugzeuge verbieten?

Alle SMR auf der Basis von Leichtwasserreaktoren (Druckwasser- oder Siedewasserreaktoren) sind so konzipiert, daß auch bei schwersten Unfällen die Auswirkungen auf das „Firmengelände“ beschränkt bleiben. Ein schwerer Störfall würde damit genauso ablaufen, wie zig Brände in Industrieanlagen in Großstädten: Schließen sie die Fenster und lassen sie die Feuerwehr ihre Arbeit machen... Wem dieses Risiko in Abwägung mit den Annehmlichkeiten (Arbeitsplätze, Kulturangebot etc.) einer Großstadt immer noch zu groß ist, bleibt der Einödhof als Lebensgrundlage. Allerdings kann man ihm auch dort nicht absolute Sicherheit garantieren, es bleiben Naturkatastrophen, ein Meteoriteneinschlag, Krieg und vieles mehr.

Spätestens seit den Störfällen in Harrisburg (Druckwasserreaktor) und selbst in Fukushima (Siedewasserreaktor) hat sich gezeigt, daß schwerste Störfälle bei Leichtwasserreaktoren ohne direkte Todesfälle ablaufen. Für „Panik-Tote“ aus Strahlenangst sind einzig und allein die Propagandaabteilungen der einschlägigen politischen Kampforganisationen verantwortlich. Bei allen neuen Reaktoren der sog. Generation III+ sind solche Störfälle bereits technisch ausgeschlossen. Die geplanten SMR auf der Basis von Leichtwasserreaktoren sind noch einmal um Größenordnungen „sicherer“. So waren die Siedewasserreaktoren in Fukushima die 2. Generation, der SMR von GE Hitachi ist die 10. Generation: Jahrzehnte der Forschung und Entwicklung und Betriebserfahrung fließen hier ein.

Der Zeithorizont

Tschechien scheint fest entschlossen, vorhandene Kohlekraftwerke durch SMR zu ersetzen. Man verfügt über eine gute kerntechnische Industrie (Skoda etc.), Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen und neben Jahrzehnten Betriebserfahrungen über eine zur Kernenergie positiv eingestellte Bevölkerung. Die Voraussetzungen sind erfüllt, trotzdem ist Zeit notwendig. Tschechien ist ein kleines Land mit nicht einmal 10 Millionen Einwohnern und deshalb begrenzten Mitteln. Kooperation ist deshalb angesagt. Man unterhält bereits enge Kontakte mit Rolls&Royce (Druckwasserreaktor mit bis zu 440 MW_{el}) als europäischem Partner und GE Hitachi (Siedewasserreaktor mit 320 MW_{el}) für USA und Kanada.

Ein Gedanke hinter den SMR ist die Kosteneinsparung durch Serienproduktion. Nun sind aber Kernkraftwerke keine Konsumgüter, sondern bestenfalls Flugzeuge. Man muß deshalb die möglichen Stückzahlen im Auge behalten. Wenn man in dieses Geschäft einsteigen will, müßte man schon sehr viel Kapital in die Hand nehmen um eigene Modelle zu entwickeln und die dafür notwendigen Fertigungsanlagen aufzubauen. Für ein so kleines Land wie Tschechien eher unmöglich. Bleibt die Lizenz von einem namhaften Hersteller zu erwerben. Dann müßte man aber immer noch so große Stückzahlen haben, daß sich der Aufbau einer eigenen Fertigung lohnt. Für ein so kleines Land wie Tschechien scheint daher eine möglichst enge Kooperation mit wenigen Anbietern als der sinnvollste Weg. Man beschränkt sich auf die Produktion bestimmter Komponenten, aber

dafür indirekt für den gesamten Weltmarkt. Gerade bei diesem Modell ist Geschwindigkeit ausschlaggebend. Wer von Anfang an dabei ist, hat den größten Einfluß. Später in einen etablierten Markt eindringen zu wollen ist immer kostspielig. Wie schnell sich „Platzhirsche“ international herausbilden, ist aus dem Computer und Smartphone Geschäft hinlänglich bekannt. Hätte sich Microsoft nicht an die große IBM ran gehängt, würde heute kaum ein Mensch den Namen Bill Gates überhaupt kennen.

Besonders wichtig ist für Tschechien der Nachbar Polen, der ähnliche Pläne verfolgt. Dort drückt der Kohleausstieg ebenfalls. Zusammen wären über 100 SMR-Projekte denkbar. Das wäre der Nukleus für eine schlagkräftige kerntechnische Industrie im gesamten Osten Europas. Neben den (gut bezahlten) Arbeitsplätzen für Bau und Betrieb täte sich noch ein weiteres Exportprodukt auf: Die Lieferung von preisgünstig und bedarfsgerecht vorhandener elektrischer Energie. Niemand in Europa hat ein Interesse, daß sich Deutschland in ein mittelalterliches, deindustrialisiertes Land zurück entwickelt. Bayern könnte der erste Großkunde sein. Strom aus tschechischen Kernkraftwerken ist auf jeden Fall günstiger und zuverlässiger als Windstrom aus der Nordsee. Bayern ist auch (noch) nicht arm. Bayern könnte sinnvoll in Tschechien investieren. Sinnvoller jedenfalls, als sich von den Träumen eines Kinderbuchautors und seiner Höflinge verführen zu lassen.

- Schlagwörter

Unser Nachbar Tschechien

Siemens Energy AG: Der nächste Staatskonzern des Ampel-Sozialismus

geschrieben von Admin | 19. November 2023

Aus dem einstmaligen stolzen technologischen Aushängeschild Siemens ist ein irrlich leuchtendes Anhängsel einer grünen Wende geworden – auf Gedeih und Verderb von einer der größten Verrücktheiten eines Industriestaates abhängig und damit am Tropf des Staates hängend. Planwirtschaft ist noch immer gescheitert.

Von Holger Douglas

Der Staat steigt ein und rettet Siemens Energy AG. Der nächste

Staatskonzern entsteht. Ansonsten hätte die Siemens Tochter nicht einmal mehr bei großen Projekten mitbieten können, weil sie die notwendigen Garantieleistungen nicht stemmen kann. Wie peinlich!

Erst seitdem die Ampelkoalition mit Garantien, ebenso die Muttergesellschaft der Siemens Energy AG mit ihrem größten Aktionär, der Siemens AG, und ein Bankenconsortium mit insgesamt über 15 Milliarden Euro eingestiegen sind, kann sie sich wieder um neue Aufträge bewerben. Wie peinlich!

Allein der Staat steht jetzt mit Garantien in Höhe von 7,5 Milliarden Euro für weitere Fehlschläge gerade. Lange umstritten war, wie weit der Mutterkonzern Siemens Garantien übernimmt. Dort können sie rechnen und sehen vermutlich nicht ein, warum sie ihr sauer verdientes Geld dazu schustern sollen. Finanzminister Lindner soll nach Informationen des *Handelsblattes* darauf bestanden haben, dass sich die Banken und vor allem Siemens beteiligen.

Jetzt also springt die Ampelkoalition mit Garantien bei Siemens Energy ein und will damit verhindern, dass der Konzern keine Windräder mehr bauen kann. Der Staat, der Siemens Konzern, sowie ein von vier Banken geführtes Consortium teilen sich diese Garantien. Die Garantien sind notwendig, um Großprojekte abzusichern.

Wie das Wirtschaftsministerium bereits am Dienstag mitgeteilt hat, werden private Banken Siemens Energy 15 Milliarden Euro an Kreditgarantien zur Verfügung stellen, die durch 7,5 Milliarden Euro an sogenannten Rückbürgschaften der Regierung abgesichert werden. Die Maßnahmen werden es Siemens Energy ermöglichen, sich um neue Aufträge zu bewerben, so heißt es, nachdem die Finanzierungsmöglichkeiten des Unternehmens knapp wurden. Die Kreditwürdigkeit wurde nach Verlusten in Milliardenhöhe und einem technischen Debakel sondergleichen herabgestuft.

Das Drama begann, als 2017 Siemens seine Offshore-Windradsparte mit dem spanischen Hersteller Gamesa verschmolz. Damit entstand an der Zahl der Anlagen gemessen der größte Windradhersteller der Welt. Siemens hält an Energy 25,1 Prozent.

Doch die spanische Windradtochter Siemens Gamesa schafft es nicht, einigermaßen robuste Windräder zu bauen, produziert stattdessen Verluste in Milliardenhöhe. Viele Windräder müssen teuer repariert werden, neue werden zur Zeit nicht verkauft. Dadurch geriet die gesamte Windradsparte in die Verlustzone. Sogar der Mutterkonzern Siemens wollte zuletzt nicht weiter dafür gerade stehen.

Bei Scholz, Habeck & Co klingelten die Alarmglocken. Einer der größten Hersteller von Netztechnik und Windrädern in Schwierigkeiten! Damit drohte Gefahr für ihre »Energiewende«. Deutschlands größtes Himmelfahrtskommando droht vollends abzustürzen, weil einer der wichtigsten Lieferanten von Komponenten wackelt.

Denn für das Energiewendeschwindelprojekt soll nicht weniger als eine gesamte Netzinfrastruktur »umgebaut« werden. Dafür sollen neue Windräder, Energienetze, Gaskraftwerke, Konverter auch Wasserstoffanlagen her – und zwar subito. Siemens Energy gilt als Schaltstelle für die sogenannte Energiewende, ein Jahrhundertprojekt, für das Technik in großen Mengen benötigt wird.

Doch nicht einmal mehr die Banken machten zuletzt mit. Das Unternehmen soll zwar über einen Auftragsbestand von 110 Milliarden Euro verfügen. Darauf beruft sich die Ampel jetzt und meint, die Garantien seien nur die Absicherung eines vollen Auftragsbuches. Wenn allerdings das Geschäft mit sogenannten erneuerbaren Energien seit Jahren tief in der Verlustzone steckt und kein Geld damit verdient wird, bekommen »volle Auftragsbücher« einen anderen Beigeschmack.

Windräder können ebensowenig wie Photovoltaikanlagen eine Industrienation mit elektrischer Energie versorgen. Die benötigt Energie dann, wenn sie gebraucht wird, nicht, wenn zufällig der Wind weht und die Sonne scheint. Das bedeutet: Hinter jedem Windrad und hinter jeder Photovoltaikanlage muss die Leistung eines konventionellen Kraftwerkes stehen – und bezahlt werden, auch wenn das Kraftwerk nicht läuft, weil zufällig der Wind weht. Das macht die Sache nutzlos teuer. »Echtes« Geld ist also damit nicht zu verdienen, sondern nur, was vom Staat herübertröpfelt.

Noch ist ungeklärt, was Brüssel dazu aus wettbewerbsrechtlichen Gründen sagen wird. Wenn eine Bundesbürgschaft in dieser Höhe notwendig ist, um private Banken zu Kreditzusagen zu bewegen, so stellt sich Brüssel wohl die Frage, ob dies nicht eine staatliche Beihilfe ist, die durch die EU-Kommission erst noch zu genehmigen wäre.

Heute (am Mittwoch) hat Siemens Energy-Vorstandsvorsitzender Christian Bruch die Details des Desasters vorgestellt und betont, die technischen Probleme im Griff zu haben. Im August bereits hatte Siemens Energy die Zahl von 4,5 Milliarden als Nettoverlust aufgrund der Windradprobleme bekannt gegeben. Damit ist klar: Dies gehört zu einer der größeren Bauchlandungen der deutschen Industrie.

Am Dienstag erklärte Habecks Wirtschaftsministerium, dass an einem Programm zur Finanzierung der Offshore-Konverterstationen gearbeitet werde. Das klingt aus Steuerzahlers Sicht wieder in höchstem Maße beunruhigend, ebenso wie die Nachricht der Europäischen Investitionsbank, die einen Plan für Garantien für die Windindustrie entwickeln soll. Irrsinnig teure und höchst unzuverlässige Anlagen an technischen Grenzen, die nie wirklich zur Wertschöpfung beitragen werden, sondern immer nur deshalb gebaut werden, weil Steuergelder für die Finanzierung sorgen.

Wie Siemens Energy Vorstandschef Christian Bruch am Mittwoch bei der Bilanzvorlage ausführte, habe das Unternehmen im abgelaufenen

Geschäftsjahr einen Rekordverlust von 4,6 Milliarden Euro gemacht. Bruch: „Eine massive Enttäuschung!“ Laut *Handelsblatt* habe sich das Eigenkapital »in etwa halbiert«.

Goldene Zeiten jedoch für Windbarone. Lange genug haben sie ja Habeck & Co gesponsort. Jetzt ist Cashback-Zeit für Luftnummern.

Gleichzeitig ist aus einem einstmals stolzen technologischen Aushängeschild ein irrlichterndes Anhängsel einer grünen Wende geworden – auf Gedeih und Verderb von einer der größten Verrücktheiten eines Industriestaates abhängig und damit am Tropf des Staates hängend. Planwirtschaft ist noch immer gescheitert.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Das Märchen von den energieautarken Inseln

geschrieben von Admin | 19. November 2023

Pellworm, El Hierro, La Gomera: Immer wieder tauchen Meldungen über Inseln auf, die sich angeblich allein mit erneuerbarer Energie versorgen können. Doch der Jubel ist verfrüht. Die Erfolgsmeldungen haben sich bis jetzt immer als falsch erwiesen.

Von Peter Panther

Die Kanareninsel La Gomera schreibe Geschichte, war im letzten Frühling in den Medien zu lesen. Denn die Insel versorge sich ab sofort unabhängig von externen Energiequellen. La Gomera habe das Ziel einer «komplett nachhaltigen Energieversorgung» erreicht – dank der Inbetriebnahme von fünf neuen Windparks.

Die Meldung erinnert stark an die nordfriesische Insel Pellworm. Dort startete vor genau zehn Jahren ein Experiment. Am Beispiel Pellworm, das gerade mal 37 Quadratkilometer Fläche umfasst und rund 1200 Bewohner hat, sollte gezeigt werden, dass sich eine ganze Region selbst mit Strom aus Windkraft und Solaranlagen versorgen kann.

Die Voraussetzungen schienen einzigartig günstig. Bereits 1983 war auf Pellworm einer der damals grössten Solarparks Europas gebaut worden. In den 1990er-Jahren kam zudem eine Reihe von Windrädern hinzu. Die Insel sei «ideal geeignet», um sich vollständig aus regenerativen Energiequellen zu versorgen, hiess es in einer Machbarkeitsstudie des

Fraunhofer-Instituts.

Zehn Millionen Euro Investitionen auf Pellworm

In der Tat wurde auf Pellworm schon vor dem Experiment mengenmässig etwa dreimal mehr Ökostrom erzeugt, als die Bewohner verbrauchen konnten. Allerdings fehlte der Strom, wenn der Wind nicht wehte und die Sonne nicht schien, sodass die Insel regelmässig auf eine Versorgung von extern angewiesen war. Auf die entsprechenden Dienste der beiden Seekabel, die Pellworm mit dem Festland verbindet, wollte man nun aber verzichten.

Konkret stellte der Energiekonzern E.on auf Pellworm mehrere grosse Batterieblöcke auf. Damit sollte überschüssige Energie gespeichert und zur Versorgung während Dunkelflauten bereitgehalten werden. Ebenso wurden zahlreiche Haushalte mit Smartmetern ausgestattet, um den Bezug von Strom zu steuern und so ein «intelligentes Netz» zu ermöglichen.

Insgesamt investierte Deutschland fast zehn Millionen Euro, um die Energieunabhängigkeit der «Smart Region Pellworm» zu ermöglichen. Pro Bewohner waren das stattliche 8000 Euro. Finanziert wurde das Ganze zu je einem Drittel von E.on, vom Bundeswirtschaftsministerium und von anderen Projektpartnern.

«Blaupause für ganz Deutschland»

In den Medien war man des Lobes voll. «Energiewende im kleinen Massstab», verkündete «Deutschlandfunk». «Eine Nordseeinsel wird energieautark», schrieb die «Wirtschaftswoche». Und in der «Welt» war von einer «Blaupause für ganz Deutschland, vielleicht sogar für die ganze Welt» die Rede.

Doch es funktionierte nicht. Die Energieunabhängigkeit wurde verfehlt. Zwar konnte Pellworm dank der grossen Investitionen fortan 97 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen decken. Aber trotz des immensen Aufwands mussten die restlichen drei Prozent weiterhin vom Festland herangeführt werden. Ein Ergebnispapier hielt 2017 fest, dass man nochmals gleich viel Geld in die Energieinfrastruktur Pellworms hineinstecken müsste, um die Insel tatsächlich autark zu machen. Das aber wäre katastrophal unwirtschaftlich gewesen.

Einige Jahre nach Beginn des Experiments wurden die Stromspeicher wieder abgebaut und die meisten Stromzähler demontiert. Das Interesse sank, Pellworm verschwand aus den Schlagzeilen. Die Wind- und Solaranlagen produzieren zwar auch heute noch viel Strom – so viel, dass sie oft abgeregelt werden müssen, weil die Verbraucher fehlen. Aber die Insel ist weiterhin auf das Seekabel angewiesen, damit bei ungünstigen Witterungsbedingungen die Lichter nicht ausgehen.

«Komplett emissionsfrei»

Es gelang also nicht, Pellworm mit erneuerbarer Energie allein zu versorgen – und das, obwohl die Insel sehr klein ist und der Aufwand beträchtlich war. Aber vielleicht konnte der Beweis, dass Wind und Sonne die Stromversorgung sichern können, ja auf El Hierro geführt werden – wie La Gomera eine kanarische Insel.

2014 verkündete die «Neuer Zürcher Zeitung», dass El Hierro mit seinen rund 10'000 Bewohnern «unabhängig» sei: Es handle sich um das erste energieautarke Eiland der Welt, und bis 2020 werde die Insel «komplett emissionsfrei» sein.

Anlass für die Jubelmeldung war die Inbetriebnahme eines Wind-Wasser-Kraftwerks auf der Insel. Dieses besteht aus fünf Windrädern, die zusammen eine maximale Leistung von 11,5 Megawatt erzielen. Wenn die Stromproduktion den Verbrauch auf der Insel übersteigt, treibt der Überschussstrom eine Pumpe in Küstennähe an, die Meerwasser in einen Vulkankrater auf 700 Meter Höhe befördert. Bei Stromknappheit wird das gespeicherte Wasser heruntergelassen und verstromt.

Bis dahin hatte El Hierro seinen Strom unter anderem aus einem alten Dieselkraftwerk gewonnen. «Die Anlage bleibt für Notfälle betriebsbereit», war in der NZZ zu lesen.

Dieselmotorkraftwerk bleibt in Betrieb

Doch auch hier waren die Erfolgsmeldungen verfrüht. Das Dieselmotorkraftwerk musste dauerhaft am Netz bleiben, weil der Strom aus dem vermeintlichen Wunderkraftwerk nicht annähernd ausreichte.

Berechnungen zeigten bald, dass die Windturbinen mindestens eine Leistung von 17 Megawatt haben müssten, um genügend Strom zu produzieren. Die Pumpspeicherung wiederum hätte gar zwanzigmal grösser konzipiert sein müssen, um ausreichend Energie für Flautezeiten bereitzuhalten. Wie sich in den Jahren nach der Eröffnung des Kraftwerks zeigte, kann die erneuerbare Energie den Bedarf von El Hierro gerade mal zu 45 Prozent decken.

Und was ist mit der eingangs erwähnten Nachbarinsel La Gomera, wo im Frühling 2023 die angebliche komplette Energieunabhängigkeit verkündet wurde? Im vergangenen Sommer waren weite Teile der Insel drei Tage ohne Strom. Wie die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» schrieb, war der Ausfall auf einen «Brand im einzigen Kraftwerk der Insel» zurückzuführen.

Gemeint waren aber nicht die neuen Windparks, sondern das alte Dieselmotorkraftwerk El Palmar. Dieses ist offenbar weiterhin in Betrieb. Allen Unkenrufen zum Trotz: Auch La Gomera bleibt auf fossile Energie angewiesen.

Es war einmal ein Brückenstrompreis

geschrieben von Admin | 19. November 2023

Die wirtschaftliche Talfahrt Deutschlands ruft nach Korrekturen. Um die Industrie zu retten, erfand man den Begriff „Brückenstrompreis“. Der wurde nun vom „Strompreispaket“ abgelöst. Die feinen Unterschiede machen aus der nationalen Energiewende dennoch keine Erfolgsgeschichte.

Von Frank Hennig

Täglich werden wir mit Begriffen konfrontiert, die im Ergebnis einer als alternativlos gepriesenen Energiewende verwendet werden oder durch sie erst entstanden sind. Wir greifen auch Bezeichnungen auf, die in der allgemeinen Vergrünung in den Alltagsgebrauch überzugehen drohen – in nichtalphabetischer Reihenfolge.

B wie

Brückenstrompreis, der

Manches aus dem neuen Energiewende-Vokabular hat nur ein kurzes Leben und verstirbt schon in Kindertagen. Der Brückenstrompreis wurde nun vom „Strompreispaket“ dahingerafft. Die Lage ändert sich dadurch wenig. Die wirtschaftliche Talfahrt Deutschlands ruft nach Korrekturen und Reparaturen am System. Während die Datenbank Deindustrialisierung wächst, sucht man Rettungsringe für die Industrie. Der Entwurf rotgrüner Gesellschaftsklempner für eine postindustrielle Gesellschaft und ein bedingungsloses Grundeinkommen ist noch nicht zur Kabinettsvorlage gereift.

Die Erkenntnis, dass vor allem hohe Strompreise die Industrie vertreiben, ist nun ganz oben angekommen. Unangetastet bleiben aber der Emissionshandel, bei dem Jahr für Jahr die CO₂-Zertifikate verknappt werden, was für garantierte Preissteigerungen sorgt, sowie das Kohleausstiegsgesetz. Der Kanzler sieht ein neues Wirtschaftswunder kommen. Rational erklärbar ist das nicht. Die *WELT* schreibt hinter der Bezahlschranke: „Deutschlands Klima-Vorgaben werden jetzt endgültig zum Standortnachteil“. Wenn wir auf globalen Märkten unsere Unternehmen mit steigenden CO₂-Kosten belasten, die andere nicht haben, so ist das eben ein Standortnachteil. Inzwischen fließen doppelt so viele Milliarden deutschen Kapitals in ausländische Investitionen, als dass Ausländer bei uns investieren.

Die Ampelregierung weigert sich, die Ursache wahrzunehmen und entsprechend zu handeln. Die Verhinderung des globalen Klimawandels von deutschem Boden aus ist, wie die Atomphobie, sakrosankt und unantastbar. Und so folgt, wie auf anderen gesellschaftlichen Feldern auch, das Herumdoktern an Symptomen.

Wenn die Ursachen nicht zur Disposition stehen, geht man an die Preisbildung und verlässt auch hier die Arena des Marktes. Grüne und Teile der SPD wollten einen vergünstigten Industriestrompreis, von 6 Cent pro Kilowattstunde war die Rede. Das wäre international konkurrenzfähig, aber wer sollte das bezahlen? Weil das mangels Alternativen (die Haushaltsstrompreise kann man kaum weiter verteuern) „der Staat“ übernehmen muss und wie bei der Windkraft eine Verstärkung der Subventionierung droht, erfindet man den Begriff „Brückenstrompreis“.

Das Ende der Brücke soll das Jahr 2030 sein, dann würde wieder der Marktpreis greifen. Warum 2030 und warum sollte bis dahin der Industriestrompreis am Markt wieder sinken? Dazu führten die Grünen eine abenteuerliche Begründung an: Weil wir dann mehr „Erneuerbare“ hätten, würde der Strompreis am Markt wieder sinken. Habeck sprach sogar von „niedrigen erneuerbaren Strompreisen“. Welch sprachliche Perle aus der Energiewende-Wortpanschküche.

Fest im Glauben

Ganz im Sinne des „Wind-und-Sonne-schicken-keine-Rechnung“ ist auch diese Annahme an Naivität kaum zu überbieten. Nicht nur als Autofahrer sollte man ab und zu in den Rückspiegel schauen. Seit dem Jahr 2000 kennt der Strompreis nur eine Richtung – er steigt. War zunächst die EEG-Umlage der Treiber, sind es heute die Netzentgelte, die durch exponentiell steigende Systemkosten den Preis wachsen lassen. Immer mehr Zufallsstrom in ein Netz zu integrieren, in dem immer weniger regelbare Kraftwerke für die Systemstabilisierung zur Verfügung stehen, hat seinen Preis.

Wer auch nur annähernd mit den Grundlagen von Stromerzeugung und Netzbetrieb vertraut ist, muss das komplett anders als die Grünen sehen. Die Anhebung der Gebotsgrenze für die Ausschreibungsrunden Wind an Land auf 7,35 Cent pro Kilowattstunde (für 20 Jahre) bedeutet für die jetzt und die künftig bezuschlagten Anlagen, dass schon ihre Vergütung über dem vorgeschlagenen Brückenstrompreis liegt. Dazu kämen die Kosten für die Integration des dort produzierten Stroms und der Verlust entsprechender Steuern und Umlagen, die sonst auf reguläre Strompreise anfallen.

Außer den Grünen, einigen Roten, dem DGB, der IG Metall, der IG BCE und Wirtschaftsvertretern, die natürlich gegen einen abgesenkten Preis nichts haben konnten, glaubte niemand an „niedrige erneuerbare Preise“. Ver.di und prominente Ökonomen des Landes waren dagegen. Warum würde ein

Brückenstrompreis ein fataler Irrweg sein?

Zunächst gäbe es ein Abgrenzungsproblem. Wer kommt in den Genuss des abgesenkten Preises, wer nicht, und warum? BASF steht im internationalen Wettbewerb, ein mittelständischer Möbelproduzent allerdings auch. Es wäre ein Gerechtigkeitsproblem und eines der EU-Beihilferegularien. Selbst das eigentlich sinnvolle Gesetz zu abschaltbaren Lasten wurde auf EU-Intervention hin abgeschafft wegen angeblicher Wettbewerbsverzerrung.

Zweitens würde diese „Brücke“ richtig viel Geld kosten, die hin und wieder genannten 30 Milliarden Euro dürften die Untergrenze sein. Einen Haushaltstitel gab es dafür nicht, es blieben nur weitere Sonderschulden oder/und Strompreissteigerungen für die anderen Stromkunden.

Was wäre die Folge eines solchen Geldtransfers? Eine Scheinsicherheit, die durch ihre kurze Frist (sechs Jahre) für Investitionsentscheidungen im energieintensiven Sektor ohnehin viel zu kurz ist. Die Unternehmen könnten einige Jahre in scheinbarer Sicherheit produzieren und überlegen, wie sie sich mit Blick auf das Jahr 2030, dem Ende der Begünstigung, verhalten.

Eine Möglichkeit wäre die Bildung einer breiten Allianz, die mit Abwanderung droht, damit die Regierung unter Druck setzt und so die Förderung verstetigt oder zumindest verlängert. Die Erfolgswahrscheinlichkeit dieser Erpressungsvariante ist aber nicht völlig gegeben, denn keiner weiß, wer dann regiert.

Wahrscheinlicher ist also, die Unternehmen nutzen die Phase relativer Produktionssicherheit, um sich auf die Abwanderung bis 2030 vorzubereiten und dann die Tür unter Zurücklassung der Arbeitnehmer zuzuwerfen. Wenn man zwischen langsamem Sterben und weichem Abschied wählen kann, dürfte die Entscheidung klar sein.

Seriöse Prognosen für einen Industriestrompreises am Markt im Jahr 2030 gibt es nicht. Dass er sinkt, ist völlig unwahrscheinlich, wie hoch er steigen wird, weiß angesichts zunehmenden Mangels auf der Erzeugerseite auch niemand.

Subventionen für alles

Der Brückenstrompreis wäre die Fertigstellung eines Stromsystems, das in allen Bereichen ohne Steuergeld oder dem aus Umlagen stammenden nicht mehr existenzfähig ist. Wurden mit der Geburt des EEG nur Wind- und Solarenergie, Biomasse und Geothermie als Nischentechnologien gefördert, müssen heute die notwendigen Backup-Kraftwerke (Netz- und Kapazitätsreserve, besondere netztechnische Betriebsmittel) sowie Großbatterien als sogenannte Netzbooster über die Netzentgelte bezahlt werden. Um die ausufernden Netzentgelte wiederum einzufangen, wird auch hier Steuergeld zugeschossen. Auf der Verbraucherseite heizt man trotz absehbarem Mangel am Stromaufkommen den Stromverbrauch weiter an. Die Förderung von E-Mobilität und Wärmepumpen verstetigt sich, die

Strompreisbremse bleibt zumindest befristet. Inzwischen handelt es sich um ein weitgehend staatlich reguliertes und in Teilen staatlich finanziertes System.

Solche staatlichen Wirtschaftssysteme hatten noch nie dauerhaft Erfolg. Der Realsozialismus der DDR existierte trotz kleinteiliger Staatsplanwirtschaft immerhin 40 Jahre. Der Unterschied zu heute besteht nicht nur in der damals tieferen Regulierung, sondern auch darin, dass in der Staatlichen Plankommission der DDR auch Fachleute saßen, die den Mangel halbwegs erfolgreich managen konnten. Die heutige Riege der Staatssekretäre im Klimaministerium besteht aus Grünen: einem Agrarökonom, Finanzern, einer Sozialwissenschaftlerin, einer Psychologin und einem ehemaligen Büroleiter von Claudia Roth. Die verbindenden Klammern sind Ideologie und Lobbyismus.

23 Jahre EEG haben den viel gepriesenen „Erneuerbaren“ nicht zur Marktreife verholfen. Ohne Umlage, Einspeisevorrang und kostenlosem Netzanschluss würde keine einzige Windkraftanlage in Deutschland mehr gebaut. Die Erkenntnis, dass die Strompreise nicht *trotz*, sondern *wegen* des umfangreichen Ausbaus der Erneuerbaren so hoch sind, wird noch lange zum Durchbruch brauchen. Zunächst drückt man die Augen ganz fest zu. Der Brückenstrompreis wäre eine Brücke ins Nichts gewesen, sehr teuer, nutzlos und er würde die Talfahrt sogar beschleunigen.

Von der Brücke zum Paket

Nun soll nach Kabinettsbeschluss die Stromsteuer für das produzierende Gewerbe auf das EU-kompatible Minimum von 0,05 Cent pro Kilowattstunde abgesenkt werden, ein paar weitere administrative Maßnahmen kommen hinzu. Auch dieses Strompreispaket hilft vor allem den Großunternehmen, strategische Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Es schafft den Unternehmen Zeit, ihre Zukunft außerhalb Deutschlands vorzubereiten. Das Problem des international nicht wettbewerbsfähigen Strompreises wird weiterhin nicht gelöst, die weiter sich verknappenden CO₂-Zertifikate werden die Preise im Großhandel weiter steigen lassen. Zudem erhöhen sich andere Betriebskosten für die Unternehmen, beispielsweise durch den Anstieg der LKW-Maut.

Am Ende sind die Rentner schuld, vor allem dadurch, dass sie so viele sind. Sie wie der Rest der Bevölkerung müssen damit leben, dass die Seifenblasen aus Wahlkampfzeiten, in denen von der Absenkung der Stromsteuer für alle Verbraucher die Rede war und von einem zurückfließenden „Klimageld“, zerplatzt sind. Sie dürfen aber mit Stolz an der weiteren Förderung der „Erneuerbaren“ teilnehmen. Die EEG-Umlage ist von der Stromrechnung verschwunden, wird nun aber über die CO₂-Abgabe aus dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) via Sondervermögen „Klimatransformationsfonds“ an Tankstelle, Öltank oder Gaszähler finanziert.

Wenn Karl-Heinz mit Cordhosen und Hosenträgern künftig seinen alten Opel

an der Tanke mit Benzin befüllt, verhilft er also den Erneuerbaren zum Durchbruch. Könnte man ihm so sagen. Jedenfalls hilft er damit der Wirtschaft, wenn er schon nicht länger arbeiten will. Wenn er dann noch mit Rauchen und Trinken aufhört, überlebt er sogar nicht nur den Brückenstrompreis, sondern auch das Strompreispaket.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Wie isses nur möglich? – oder Follow the Science!

geschrieben von Admin | 19. November 2023

Zuschauerstimmen zur ZDF Meldung, das Jahr 2023 würde das wärmste seit 125.000 Jahren

von EIKE Redaktion

Nicht nur das ZDF berichtete am Mittwoch aufgeregt, dass das Jahr 2023 – nach Meinung des Copernicus Climate Change Service, eine EU-Behörde, die nach eigener Auskunft die Klimaschutzpolitik der Europäischen Union unterstützen möchte- sehr wahrscheinlich das wärmste Jahr seit 125.000 Jahren werden würde. Das animierte einige Leser, die etwas von Klimatologie verstehen, zu Meinungsäußerungen gegenüber dem ZDF.

2023: Wärmstes Jahr seit 125.000 Jahren



Dieses Jahr wird wohl das wärmste seit 125.000 Jahren. Grund dafür sind laut Forschern der Klimawandel und das Wetterphänomen El Niño.

1 min | 08.11.2023

Video verfügbar bis 08.11.2024

Meine Email heute an das ZDF

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute Nachmittag berichteten Sie um 16h00 darüber, dass 2023 das wärmste Jahr seit 125.000 Jahren werden könnte.

Haben Sie sich da nicht geirrt? Ich komme sogar auf 126.118 Jahren, aber ich kann mich natürlich verrechnet haben.

Geht bitte heute heim und schaut dort mal nach, ob da nicht ein paar Tassen abhanden gekommen sind.

Mit freundlichen Grüßen
Guy Franquinet

....Das stimmt auch nicht. Ich kann mich noch gut an das Jahr 87.132 v.Chr. erinnern, in dem es deutlich wärmer war, und meine Frau hat zusätzlich auf das warme Jahr 22.477 hingewiesen, dem 22.476 ein sehr

kaltes folgte.

Gruß Gilbert Brands

PS.

Die Menschheit befindet sich nach dem Pleistozän und dem Holozän inzwischen wohl im Zeitalter des Idiotäns befindet.

.....Stimmt auch nicht ganz.

Mein Urgroßvater erzählte mir, dass sein Urgroßvater ihm erzählte, dass sein Urgroßvater ihm erzählte,....., dass er bei 43°C im Rhein badete, als ein Nilpferd ihn fast getötet hat, Zum Glück wurde es durch einen Elefanten verscheucht. Es war so um das Jahr 117.'376 vor unserer Zeitrechnung, in der letzten Zwischeneiszeit.

Gruss

WR

PS: Man hat aus der letzten Zwischeneiszeit (Eem-Warmzeit) verschiedentlich Knochen von Nilpferden im Rhein und Elefanten (sogar in Norddeutschland gefunden!), gut 3-6 °C wärmer als heute. Grönland praktisch eisfrei, Nordpol im Sommer sicher auch (und die armen Eisbären??).